

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Kristin Heyne (GRÜNE/GAL) vom 15. 09. 89**

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Sicherheitsüberprüfung von Unternehmen, die im Hafen den Umschlag von radioaktiven Stoffen betreiben (wollen)**

*Zur Zeit findet eine Sicherheitsüberprüfung mehrerer Unternehmen statt, die im Hafen den Umschlag von radioaktiven Stoffen betreiben (wollen). Meines Wissens liegt der Innenbehörde in Hamburg eine Anfrage vor, nach der die Physikalisch-Technische Bundesanstalt die beim Verfassungsschutz und bei der Polizei vorliegenden Daten über mehrere Personen übermittelt bekommen möchte. Bisher konnten sich die PTB und die Innenbehörde offenbar nicht über den Umfang der zu übermittelnden Daten einigen. Dies könnte dazu führen, daß der Umschlag radioaktiver Stoffe im Hamburger Hafen aufgrund einer fehlenden Sicherheitsüberprüfung nicht mehr möglich sein wird.*

*Ende September soll nun im Bundesrat abschließend die Änderung des § 12b Atomgesetz beraten werden. Der Inhalt der Änderung sieht vor, daß die zur Zeit bestehenden unterschiedlichen Auffassungen zwischen Innenbehörde und PTB nivelliert werden und einer Sicherheitsüberprüfung dann nichts mehr im Wege stünde.*

Für die Genehmigung der Beförderung von Kernbrennstoffen ist gemäß § 23 des Atomgesetzes die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) zuständig. Nach § 4 Atomgesetz ist die Genehmigung u. a. zu erteilen, wenn keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers, des Beförderers und der den Transport ausführenden Personen ergeben. Diese Zuverlässigkeitsüberprüfung führt die PTB mit Einverständnis der zu überprüfenden Personen gemäß der Richtlinie für die Sicherheitsüberprüfung von Personal in kerntechnischen Anlagen bei der Beförderung und Verwendung von Kernbrennstoffen durch.

Durch die Änderung des Atomgesetzes wird im künftigen § 12b die eindeutige, den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes im sogenannten Volkszählungsurteil von 1983 entsprechende gesetzliche Grundlage geschaffen, daß die PTB bedeutsame Erkenntnisse bei Polizei und Verfassungsschutzbehörden abfragen darf.

**1. Welche Informationen liegen dem Senat über diesen Vorgang vor?**

Dem Senat ist der in der Vorbemerkung geschilderte Sachverhalt bekannt.

**2. Welche Hamburger Unternehmen sollen hier überprüft werden, um wie viele Personen handelt es sich (gegliedert nach Unternehmen)?**

Zuständig für die Überprüfung nach dem Atomgesetz ist allein die PTB. Über deren Arbeit kann der Senat keine Auskunft erteilen.

**3. Aus welchen Gründen hat die Innenbehörde die Daten des Verfassungsschutzes noch nicht gemeldet?**

Die Anfrage der PTB wurde beantwortet.

**4. Wie wird sich Hamburg im Bundesrat zu dieser Gesetzesänderung verhalten?**

Die Meinungsbildung des Senats ist noch nicht abgeschlossen.

5. *Hält es der Senat für wünschenswert, daß durch fehlende Sicherheitsüberprüfungen der Umschlag radioaktiver Stoffe im Hamburger Hafen unmöglich gemacht wird und auf diese Weise ein Ausstieg aus der Atomenergie in Hamburg verfolgt werden kann? Wenn nein, warum nicht?*

Der Senat hält den Ausstieg aus der Atomenergie langfristig für wünschenswert. Er wird zur Erreichung dieses Ziels jedoch nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen.